

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

17. Juni 2015

An die

**Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg und die
Bürgermeister und Oberbürgermeister des Landes**

Schulgesetzänderung zur «Weiterentwicklung der Realschulen»

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Anfang Mai 2015 liegt der Gesetzentwurf der Landesregierung zu einer erneuten Änderung des Schulgesetzes zur Anhörung vor – allerdings nicht für die Bürger des Landes. Nur zwei Tage vor der ersten Debatte im Landtag am 18. Juni meldete die Internetseite des Landtags, die Landtags-Drucksache 15/6963 liege in elektronischer Form noch nicht vor. Die Grundzüge der geplanten Schulgesetzänderung sind allerdings schon seit längerem bekannt.

Unter der Überschrift «Weiterentwicklung der Realschulen» sollen die Realschulen des Landes an das von der Landesregierung favorisierte «Zwei-Säulen-Modell» (nur eine Art von Sekundarschule plus das Gymnasium) für die allgemeinbildenden Schulen des Landes angepasst werden. Zudem sollen sie das Gemeinschaftsschul-Konzept der «neuen Lernkultur» weitgehend übernehmen. Nicht nur die Opposition im Landtag, der Realschullehrerverband und verschiedene Elterninitiativen bezeichnen die Pläne der Landesregierung als Weg der Realschulen hin zu «Gemeinschaftsschulen light». Selbst Vertreter der Schulbehörden sprechen davon, «dass die Unterschiede zwischen Realschule und Gemeinschaftsschule nach den neuesten Plänen des Kultusministeriums schwinden würden». («Stuttgarter Zeitung» vom 12. Juni 2015)

Viele Baden-Württemberger haben sich seit der Vorstellung des Konzeptes durch die Landesregierung im Jahr 2014 kritisch dazu geäußert. An dieser Stelle sei nur exemplarisch aus einer Pressemitteilung des *Realschullehrerverbandes in Baden-Württemberg* (RLV-BW) vom 5. Mai 2015 zitiert: **«Mit diesem Vorhaben der Landesregierung wächst inzwischen der Frust an den Schulen, zu viel auf einmal schichtet man nun ab auf diese Schulart. [...] Anstelle den Schulen den nötigen Frei- raum und entsprechende Budgets zuzugestehen zur eigenverantwortlichen Gestaltung der neu hinzu- gekommenen Aufgabenfelder gibt es viele Ungereimtheiten und Vorgaben im Top down Verfahren. Unser erprobter Weg für erfolgreiche Realschulbiografien über die äußere Differenzierung wird politisch gedeckelt und es besteht keinerlei Bereitschaft uns hier entgegenzukommen, weitere grundsätzliche Fragen zur Umsetzung der geplanten Veränderungen sind ebenfalls ungeklärt».**

Wir wenden uns heute an Sie als Abgeordnete des Landtags oder als Bürgermeister einer Gemeinde des Landes mit der Bitte, unsere folgenden Argumente ernsthaft zu prüfen und bei Ihren Entscheidungen und ihrem sonstigen Wirken zu berücksichtigen.

- Wir begrüßen es, wenn auch künftig Schüler von Realschulen den Hauptschulabschluss machen können. Schon bislang erhalten die Schüler dieser Schulart mit der Versetzung in die 10. Klasse diesen Schulabschluss. Wenn sie wollen, können sie zudem am Ende der neunten Klasse eine externe Prüfung zur Erlangung des Hauptschulabschlusses machen. Wir kritisieren aber den

Versuch, mit der «Weiterentwicklung der Realschulen» das «Zwei-Säulen-Modell» durchsetzen zu wollen, d.h. über die erneute Schulgesetzänderung die noch bestehenden Haupt- und Werkrealschulen weiter auszubluten.

- Schon die geplante Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 sieht vor, dass die Schüler pro forma zwar einem Klassenverband angehören. So schreibt es beschönigend das Kultusministerium in seiner Veröffentlichung «Aktuelle Fragen zum Konzept zur Weiterentwicklung der Realschulen». Innerhalb dieser Klassen sollen aber Niveaustufen eingerichtet werden («grundlegendes» G- und «mittleres» M-Niveau; angepasst an die geplanten neuen Bildungspläne). Das Ministerium spricht von Binnen- und Zieldifferenzierung, übernimmt das Konzept der Gemeinschaftsschulen und zwingt die Schulen damit zur Methode des «selbstgesteuerten» Lernens. Denn das Anliegen, die Schüler einer Klassengemeinschaft zusammen zu einem gemeinsamen Klassenziel zu führen, wird so nicht mehr erreichbar. Dies umso mehr, als jeder Schüler schon in der Orientierungsstufe für jedes Fach unterschiedlich wählen darf, welche Niveaustufe er belegen möchte. So wird er vielleicht im Fach Deutsch die Niveaustufe M, im Fach Mathematik aber die Niveaustufe G wählen. Jeder Schüler folgt dann seinem ganz speziellen Niveauplan. Gemeinsamkeiten mit den Mitschülern gibt es viel weniger als bisher.

Die Begründung der Landesregierung für die Realschulen lautet wie auch schon für die Gemeinschaftsschulen, nur durch eine Binnendifferenzierung und damit «Individualisierung» könnten die Schulen künftig der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft gerecht werden.

Hierzu ist anzumerken, dass die Landesregierung selbst mit der Aufhebung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung genau diese Heterogenität herbeigeführt hat. Die Landesregierung verschweigt zudem, dass es – wenn man es denn wollte – auch die Möglichkeit geben würde, Realschüler und Hauptschüler in einem Schulverbund mit weiterhin recht eigenständigen Schularten in ihrer Schulart lernen zu lassen. Man könnte sogar – wenn die Schülerzahl einer der beiden Schularten ansonsten zu gering wäre – in den Realschulen von Klasse 5 an einen Hauptschulzweig einrichten, in dem diejenigen unterrichtet würden, die einen Hauptschulabschluss anstreben.

- Die Einteilung in Niveaustufen bewirkt sehr wahrscheinlich eine viel stärkere Bewertung in den Kategorien von «Sieger» und «Verlierer», von «unten» und «oben», von «gut» und «schlecht» als ein gut gegliedertes Schulsystem. Hauptschule, Realschule und Gymnasium sollten Schularten mit je eigenen und ganz spezifischen Zielen sein, die alle Platz und Sinn in unserer Gesellschaft und nicht mehr oder weniger Wert haben. Ein derart gegliedertes Schulsystem folgt nicht einem fatalen Akademisierungswahn. Die unterschiedliche Bewertung verschiedener Schulabschlüsse ist eine für das Zusammenleben ungesunde Entwicklung und hat mit dazu geführt, dass es einen mittlerweile sachlich nicht mehr vertretbaren Andrang an den Gymnasien gibt und sich Hauptschüler als Verlierer sehen. Die Einteilung nach Niveaustufen wird diese ungesunde Entwicklung verstärken.

Andererseits zeigt ein Blick in die geplanten neuen Bildungspläne, dass die Unterschiede zwischen den Niveaustufen faktisch zum Teil nur noch marginal sind und das Niveau insgesamt, wenn man denn dieses Wort übernehmen will, gesenkt wird – was mit dem Gerede von unterschiedlichen Niveaustufen verschleiert wird.

- Auch in den Klassenstufen 7 und 8 sollen die Schüler «binnendifferenzierend» und «zieldifferent» unterrichtet werden, also auch hier nach dem Konzept der Gemeinschaftsschulen. Lediglich in den Kernfächern Mathematik, Englisch und Deutsch ist eine zeitweilige äußere Differenzierung nach Niveaustufen, also die Bildung gesonderter «Kurse» für eine Niveaustufe, erlaubt, allerdings nur für maximal die Hälfte der Wochenstundenzahl.

Man merkt, dass die Landesregierung nicht nach pädagogischen Gesichtspunkten entschieden hat, sondern nach Opportunitäts Gesichtspunkten. Offensichtlich will die Landesregierung an den Gemeinschaftsschul-Methoden festhalten. Zugleich soll das von einem Lehrer gestaltete gemeinsame Lernen in einem «Kurs» mit einer leistungshomogenen Gruppe von Schülern stundenweise zugelas-

sen werden. Die meisten Eltern von Realschülern und Realschullehrer stehen den Gemeinschaftsschulen und deren Methoden kritisch gegenüber und bevorzugen eben darum die Realschule. Es hat den Anschein, dass diese Eltern und Lehrer mit dem «Zuckerstück» der zeitweiligen äußeren Differenzierung in den Kernfächern in den Klassen 7 und 8 beschwichtigt werden sollen.

Aber dieses «Zuckerstück» wird in der Realität gar nicht süß sein. Im Gegenteil, die Aufteilung der sowieso schon knappen Kernfächerstunden in äußerlich differenzierte Kurse für verschiedene Niveaustufen und binnendifferenziertes, also weitgehend «selbstgesteuertes Lernen» wird das Lehren und Lernen zusätzlich erschweren und sehr wahrscheinlich chaotische Verhältnisse heraufbeschwören.

- Erst in den Klassen 9 und 10 sollen die Schüler gezielt entweder auf den Hauptschulabschluss oder den Realschulabschluss vorbereitet werden. Auch dies ist eine Parallele zur Gemeinschaftsschule. Wie dort, so stellt sich auch hier die Frage, wie sinnvoll es ist, die Schüler zuvor ständig zwischen Niveaustufen wechseln zu lassen und selbst innerhalb eines Schuljahres die Belegung von Fach zu Fach unterschiedlicher Niveaustufen zuzulassen, um dann am Ende doch fest und für alle Fächer einer Niveaustufe zugewiesen zu werden, die über die Art des ersten Schulabschlusses entscheidet.

Insgesamt haben wir den Eindruck gewonnen, dass die «Weiterentwicklung der Realschulen» nicht geplant ist, um die Realschulen weiterzuentwickeln, sondern um einen «Konkurrenten» der Gemeinschaftsschulen zu schwächen. Die Landesregierung hat immer wieder betont, wie gern sie es sähe, wenn sich auch die Realschulen dafür entscheiden würden, Gemeinschaftsschulen zu werden. Die überwiegende Mehrheit der Realschulen wollte und will das nicht – obwohl sie materiell gegenüber den Gemeinschaftsschulen benachteiligt werden. Nun will man von oben her aus den Realschulen «Gemeinschaftsschulen light» machen. «Light» meint in diesem Fall «Gemeinschaftsschulen», die anders als die Gemeinschaftsschulen keine Option für eine gymnasiale Oberstufe haben und auch materiell weiterhin schlechter gestellt sein werden, ansonsten aber gezwungen sind, die fragwürdigen Methoden der Gemeinschaftsschulen weitgehend zu übernehmen.

Offensichtlich stecken hinter der «Weiterentwicklung der Realschulen» keine pädagogischen Überlegungen, sondern bildungspolitische (mit dem Schwerpunkt auf «politische») Weichenstellungen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

PS Dieses Schreiben geht zur Information den Medien und verschiedenen Verbänden zu.